

MEDIENMITTEILUNG

Verbreitung

24. März 2022 / 10:00 Uhr

Stadt und Kanton Luzern: Intensive Arbeiten zur Sicherstellung von Unterkunft, Betreuung und Begleitung ukrainischer Flüchtlinge

Jeden Tag erreichen im Schnitt 30 ukrainische Kriegsflüchtlinge den Kanton Luzern. Aufnahme, Betreuung und Beschulung fordern das Gemeinwesen in erheblichem Mass. Der Regierungsrat und der Luzerner Stadtrat haben heute im Detail über die aktuelle Lage, die laufenden Massnahmen und das weitere Vorgehen informiert.

Die aktuellen Herausforderungen, die sich aus der grossen Zahl von Kriegsflüchtlingen ergeben, liegen im Bereich Empfang, Unterbringung, Betreuung und Beschulung. Der Regierungsrat hat vor einer Woche aufgrund der erhöhten Zuwanderung die Notlage erklärt und den Kantonalen Führungsstab mit der Koordination der notwendigen Arbeiten betraut.

Damit kommt der Führungsstab nach der Pandemiekrise zum zweiten Mal innert zwei Jahren zum Einsatz. An einer Medienkonferenz der Regierungen von Kanton und Stadt Luzern sagte Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf am Donnerstag: «Zum zweiten Mal haben wir auch die Situation, dass wir im Sprintmodus in die Krisenbewältigung starten und uns gleichzeitig auf einen Marathon einstellen müssen.» Die Dauer und die Folgen des Krieges in der Ukraine seien nicht absehbar. Guido Graf: «Wir alle, inklusive die ukrainischen Schutzsuchenden, hoffen auf eine schnelle Rückkehr in die Ukraine. Wenn das nicht möglich ist, müssen wir die Frage der Lancierung von Integrationsmassnahmen neu beurteilen.»

Rund 530 Unterkunftsplätze akquiriert

An der Medienkonferenz bilanzierten die Behörden die bisherigen Massnahmen wie folgt:

- Es wurden rund 530 Unterkunftsplätze akquiriert, so in der Marienburg in Wikon, im alten Kindergarten Malters, im Libellenhof im Stadtluzerner Maihofquartier, auf dem Areal des Klosters St. Urban und in den Personalwohnhäusern des LUKS Wolhusen. Zusätzlich dient die Durchgangsunterkunft Rönimoos in Luzern als Notunterbringung. Die Durchgangsunterkunft Utenberg sowie die Mehrzweckhalle Allmend in Luzern werden als weitere Notunterbringungsmöglichkeiten vorbereitet.
- Auf dem Inseli beim Bahnhof Luzern betreibt die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen seit Montag eine Anlaufstelle für Schutzbedürftige, die aus den Bundesasylzentren dem Kanton Luzern zugewiesen werden.
- Kinder im Volksschulalter, die in einem Asylzentrum sind, besuchen den Unterricht der Schulangebote Asyl der Dienststelle Volksschulbildung, sei es am Standort selber oder in zusätzlichen Räumen. Alle anderen schulpflichtigen Kinder gehen in der Gemeinde zur Schule, in der sie wohnen. Sie erhalten zusätzlich zum regulären Unterricht auch Unterricht in Deutsch als Zweitsprache. Die Kosten übernimmt der Kanton. Damit genügend Lehrpersonen zur Verfügung stehen, sollen für befristete Einsätze bis zu den Sommerferien pensionierte Lehrpersonen gewonnen werden. Bisher sind im Kanton Luzern rund 95 schulpflichtige Kinder eingetroffen, davon 56 in den Gemeinden und 39 im neuen Zentrum in St. Urban. Zahlen zu Familien mit Kindern, die in Gemeinden wohnen und den Status S noch nicht haben, sind aktuell nicht verfügbar.

Kanton Luzern übernimmt 4,8 Prozent der Schutzsuchenden

Das Staatssekretariat für Migration geht davon aus, dass bis Anfang Juni 2022 rund 50'000 Personen schweizweit den Schutzstatus beantragen werden. Gemäss Verteilschlüssel übernimmt der Kanton 4,8 Prozent von ihnen. Aufgrund dieser Prognose erwartet die Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen, dass dem Kanton Luzern in diesem Zeitraum rund 2'500 Personen zugewiesen werden. Regierungsrat Guido Graf: «Damit kommen grosse Herausforderungen auf das Gemeinwesen zu – sowohl auf den Bund wie auf die Kantone und Gemeinden. Alle Staatsebenen sind gefordert und ebenso jede und jeder Einzelne von uns.» Der Sozialvorsteher bedankt sich bei den Luzerner Gemeinden und der Bevölkerung für ihre bisherige tatkräftige Unterstützung bei der Krisenbewältigung. «Ich zähle darauf, dass wir den Geflüchteten auch mittel- und langfristig unsere Solidarität zeigen.»

Stadt Luzern stellt Unterkünfte und Betreuung bereit

Grosse Solidarität zeigt die Stadt Luzern. Sie unterstützt den Kanton bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten und vermittelt entsprechende Anbieter. Stadtrat Martin Merki, Sozial und Sicherheitsdirektor: «Wir leiten der Dienststelle Asyl und Flüchtlingswesen auch Hinweise für freie Grundstücke weiter wie zum Beispiel eine Teilfläche des Areals Hinterschlund, welche etwas mehr als zwei Fussballfelder gross ist.»

Die Stadt begleitet und koordiniert zudem Unterstützungsangebote zivilgesellschaftlicher Organisationen wie der Caritas, der reformierten und der katholischen Kirche sowie weiterer Treffpunkte für Einheimische und Flüchtlinge, darunter das Lili Centre oder die Kunstbox in Reussbühl. Derartige Angebote leisten wertvolle Arbeit bei der Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge aus der Ukraine. «Es ist wichtig, einerseits die Potenziale der geflüchteten Menschen einzubeziehen, andererseits ihnen auch einen geschützten Raum für persönlichen Austausch anzubieten», erklärt Martin Merki.

Die Stadt Luzern ist im Kantonalen Führungsstab vertreten und somit direkt in die rasche und gezielte Lösungsfindung involviert. Sie hat neu auch den Gemeindeführungsstab einberufen, der sich der Bewältigung der Krise annimmt. Die zwischenzeitliche Einsatzorganisation wurde deshalb wieder aufgelöst.

Man wolle mithelfen, dass sich die geflüchteten Menschen willkommen fühlten in der hoffentlich kurzen Zeit, in der sie in der Schweiz Schutz benötigen, so Merki. In der Volksschule der Stadt Luzern werden für Flüchtlingskinder aus der Ukraine vorerst zwei zusätzliche Aufnahmeklassen eröffnet: eine Klasse im Schulhaus Hubelmatt und eine in der Schule Utenberg. Die Klassenzimmer werden diese Woche vorbereitet. Den Kindern und Jugendlichen stehen auch die städtischen Sportkids-Angebote zur Verfügung. Die Stadt Luzern begrüsst zudem, dass viele Vereine offen sind, Menschen aus der Ukraine aufzunehmen. Martin Merki: «Aus unserer Sicht ist dies für die Flüchtenden enorm wichtig, auch wenn sie womöglich nur kurz mit dabei sind. Wir sind überzeugt, dass davon alle profitieren, die Ukrainerinnen und Ukrainer wie auch die Luzernerinnen und Luzerner.»

Kontakt

Staatskanzlei Luzern
Abteilung Kommunikation
Tel. 041 228 60 00
information@lu.ch